



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

## Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 8. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-74-0001

### **Informationsfreiheitsatzung für Wiesbaden forcieren**

**- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 08.07.2021 -**

Seit 2018 ermöglicht das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz den hessischen Kommunen, eigene Informationsfreiheitsatzungen zu erlassen. Durch eine derartige Satzung erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger, aber z.B. auch die Presse den Anspruch auf Zugang zu in der Wiesbadener Stadtverwaltung vorhandenen Informationen, sofern sie keine Geheimsachen oder personenbezogene Daten betreffen. Städte wie z.B. Kassel haben bereits erfolgreich von dieser Opt-In-Regelung Gebrauch gemacht. Mit dem Beschluss einer Informationsfreiheitsatzung würde auch die Landeshauptstadt Wiesbaden einen großen Schritt zu einer transparenten Stadtverwaltung machen.

In Wiesbaden wird der Erlass einer Informationsfreiheitsatzung bereits seit fast zehn Jahren diskutiert. Mehrfach haben die verschiedenen zuständigen Ausschüsse geplant, ein Experten-Hearing über das Thema durchzuführen: Der erste Beschluss hierzu stammt aus 2012. Dennoch ist ein derartiges Hearing bisher nicht zustande gekommen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, den Entwurf einer Informationsfreiheitsatzung auszuarbeiten und diesen gemeinsam mit einer Bezifferung des Personal- und Sachmittelbedarfs den städtischen Gremien bis zu den Haushaltsberatungen zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Bei der Erarbeitung sollen insbesondere die Gestaltung eines möglichst vollständig digitalen Prozesses bei der Stellung, Bearbeitung und Beantwortung der Anträge sowie eine weitgehende Kostenfreiheit für Antragsteller bei wenig komplexen Anträgen berücksichtigt werden.
3. Unabhängig von der Informationsfreiheitsatzung strebt die Landeshauptstadt Wiesbaden an, zukünftig möglichst viele Informationen proaktiv öffentlich und über offene Schnittstellen einfach zugänglich zu machen.
4. Die Durchführung der mehrfach beschlossenen Expertenanhörung - unter Einbeziehung von Kommunen, die bereits Erfahrungen mit Informationsfreiheitsatzungen gesammelt haben - wird im 2. Halbjahr 2021 angestrebt, steht der Vorlage des Satzungsentwurfs jedoch nicht entgegen.

**Beschluss Nr. 0385**

Der Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 08.07.2021 wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 16.12.2021 verschoben.

Wiesbaden, .12.2021

Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender